

Joachim Schulz
Mitglied des Stadtrates

Telefon: 0931 373607
Fax: 0931 373653

An den
Oberbürgermeister der Stadt Würzburg
Herr Christian Schuchardt
Rathaus
97070 Würzburg

kontakt@spd-fraktion-wuerzburg.de
www.spd-fraktion-wuerzburg.de

Würzburg, 28.03.2017

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

hiermit stelle ich, auch im Namen der SPD-Stadtratsfraktion folgenden **Antrag**:

Der Stadtrat möge folgende **Resolution** beschließen:

• **Wir fordern die Aussetzung von Abschiebungen nach Afghanistan**

darüber hinaus fordern wir:

- Dass die Vertreter der Stadt beim bayerischen Städtetag eine entsprechende Resolution unterstützen oder selbst einbringen.
- Dass die Vertreter der Stadt beim deutschen Städtetag eine entsprechende Resolution unterstützen oder selbst einbringen.

Begründung:

In Afghanistan ist die Lage unsicherer denn je. Der UNHCR stellt in seinem aktuellen Bericht fest, dass das gesamte Staatsgebiet Afghanistans von einem »innerstaatlichen bewaffneten Konflikt« im Sinne des europäischen Flüchtlingsrechtes betroffen ist.

Aufgrund der sich ständig ändernden Sicherheitslage könne man gar nicht zwischen sicheren und unsicheren Regionen in dem Bürgerkriegsland entscheiden, so das Hochkommissariat.

Nahezu täglich gehen Meldungen zu Angriffen oder Anschläge der Taliban ein.



Bei Kämpfen und Anschlägen in Afghanistan gab es im vergangenen Jahr so viele zivile Opfer wie noch nie. Das geht aus einem Bericht der Vereinten Nationen hervor. Auch die Bundesländer sorgen sich nun zunehmend um die Sicherheitslage in dem Land, das vom Bund als sicheres Herkunftsland eingeschätzt wird. Nach Schleswig-Holstein und Berlin stellen Bremen, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz Abschiebungen nach Afghanistan zurück.

Rechtlich ist eine Aussetzung der Abschiebung möglich, wie diese Länder zeigen. Eine neue Bewertung der dortigen Sicherheitslage durch die Bundesbehörden ist dringend nötig.

Bis zu dieser neuen Bewertung durch die Innenministerkonferenz sind Abschiebungen von Afghanen auch durch die bayerische Staatsregierung dringend auszusetzen.

Bayern hat aufgrund der Verteilung nach Herkunftsländern überproportional viele Flüchtlinge aus Afghanistan. Deshalb ist es besonders wichtig, dass gerade Bayern die Abschiebung sofort aussetzt.

Afghanische Asylantragsteller/-innen stellten im Jahr 2016 die zweitgrößte Gruppe Geflüchteter in Deutschland. 63 Prozent der Betroffenen erhielten einen Schutzstatus und damit ein Aufenthaltsrecht. Diese hohe Quote an Anerkennungen zeigt auch, dass die Lage sich deutlich verschlechtert hat.

Zahlreiche Flüchtlinge aus Afghanistan haben ihren Ablehnungsbescheid jedoch schon früher erhalten und sind heute „vollziehbar ausreisepflichtig“.

Die Asylanträge der abgelehnten Asylbewerber/-innen aus Afghanistan müssen angesichts der neuen Sicherheitslage nochmals neu bewertet werden.

Die Ausländerbehörden sollen proaktiv diese Neubewertung durchführen und abgelehnte Asylbewerber/-innen aus Afghanistan über ihre Möglichkeiten eines Wiederaufnahmeantrages informieren.

Joachim Schulz
Stadtrat

und die SPD-Stadtratsfraktion